



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 29
18. Wahlperiode
06. März 2015

DIE GESETZLICHE

KRANKENVERSICHERUNG STÄRKEN

Liebe Leserinnen und Leser!

Eine hochwertige und moderne medizinische Versorgung ist wichtig für alle in Deutschland. Im Bundestag setzt sich die CDU/CSU-Fraktion dafür ein, dass jedem Bürger weiterhin eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung ermöglicht wird. Alter, Einkommen oder der Wohnort dürfen für den Zugang dazu nicht hinderlich sein. Bürokratieabbau und Ausbau der medizinischen Infrastruktur sind die richtigen Schritte, um die medizinische Versorgung in Deutschland weiter auf höchstem Niveau zu halten.

Herzlichst Ihr

Diese Woche haben die Abgeordneten im Bundestag in erster Lesung über mögliche Maßnahmen zur Stärkung der Gesetzlichen Krankenversicherung beraten. Die Absicht, die medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu stärken, wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Das Versicherungsstärkungsgesetz zielt dabei auf die Bekämpfung ländlicher Unterversorgung von Hausärzten, die Stärkung von Patientenrechten, eine Ausweitung der Leistungsansprüche der Versicherten und auf die Schaffung eines Innovationsfonds ab. Die demographische Entwicklung, rasanter Fortschritt in der medizinischen Behandlung und Technologie, sowie regional unterschiedliche medizinische Versorgungslagen halten die deutsche Gesundheitspolitik auf Trab. Im Bundestag setzen wir uns deshalb für ein stabiles und nachhaltiges Krankenversicherungssystem ein. In dem gegenwärtigen Gesetzentwurf zur Stärkung der Gesetzlichen Krankenkassen fordern wir deshalb einen umfassenden Ausbau im Bereich der ambulanten Versorgung, der innovativen Versorgungsformen, der allgemeinen Servicebedingungen und der Leistungsansprüche. Die ambulante Versorgung wollen wir flächendeckend ausbauen. Um das zu erreichen werden zum Beispiel Terminservicestellen errichtet. Sie sollen Patientinnen und Patienten dabei helfen, schneller Facharzttermine vermittelt zu bekommen. Darüber hinaus werden wir Sorge dafür tragen, dass Ärzte und Psychotherapeuten dort eingestellt werden, wo sie gebraucht werden. Um das zu erreichen, schaffen wir Vergütungsanreize für die Zu- und Niederlassung von Ärzten und Psychotherapeuten in medizinisch unterversorgten Gebieten. Künftig haben Versicherte unter anderem einen Anspruch auf das Einholen einer ärztlichen Zweitmeinung, um unnötige Operationen zu vermeiden. Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz erhalten zusätzliche Leistungen bei der zahnmedizinischen Prävention. In der Zeit von 2016 bis 2019 werden für die Förderung innovativer Versorgungsformen jährlich 300 Millionen Euro bereitgestellt. Diese Schritte werden jedem Bürger in Deutschland weiterhin ein höchstmögliches Maß an medizinischer Versorgung ermöglichen.

EINWANDERUNG BESSER REGELN

Diese Woche hat der Bundestag in erster Lesung über das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung debattiert. Mit dem eingereichten Gesetzesentwurf widmet sich die Union einem gesellschaftlich sehr kontrovers diskutierten Thema. Mit der Initiative will die Union erfolgreiche Integration belohnen und

Ignoranz abschieben. Das Gesetzesvorhaben soll seit acht Jahren in Deutschland lebende Zuwanderer ein Bleiberecht einräumen, sofern sie weitestgehend für ihren Lebensunterhalt aufkommen und eine anerkannte Integrationsleistung erbracht haben. Ebenso wichtig wie die Änderung des Bleiberechts ist die Neuordnung des Auswei-

sungsrechts. Anstelle des bisherigen, dreistufigen Ausweisungssystems soll nun eine schnellere Ausweisung nach Berücksichtigung aller Umstände des Einzelnen rücken. Hierbei sollen in jedem Einzelfall Abwägungen zwischen Bleibe- und Ausweisungsinteressen getroffen werden.

INNERE SICHERHEIT AUFRECHT ERHALTEN

Innerhalb der letzten Monate gab es mehrere Terrorwarnungen in Deutschland. In Dresden und Braunschweig mussten deshalb sogar eine große Demonstration und ein kompletter Karnevalsumzug abgesagt werden. Doch es ist nicht nur der Terror, mit dem sich die Sicherheitsbehörden konfrontiert sehen. Auch Raubüberfälle und Wohnungseinbrüche folgen einem gesellschaftsschädigendem Trend. Zeitgleich haben unterschiedliche Refor-

men der Länderpolizeien dafür gesorgt, dass einige Gebiete in den Bundesländern wenig bis keine Polizeipräsenz aufweisen. Um auch in Zukunft Terroranschläge zu vermeiden und terroristische Aktivitäten zu ermitteln, brauchen wir endlich die Vorratsdatenspeicherung. Der sozialdemokratische Bundesjustizminister, Heiko Maas, sollte seinen Worten auch Taten folgen lassen und endlich einen Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeiche-

rung einreichen. Die Union wird nicht nachlassen effektiv zur inneren Sicherheit beizutragen. Der Justizminister wird von uns weiterhin aufgefordert werden, hier nicht nachzulassen. Um innere Sicherheit staatlich durchsetzen zu können, müssen auch die Länder mit Blick auf die steigende Zahl an Wohnungseinbrüchen darüber nachdenken, ob die Polizisten auf dem Land genügend Präsenz zeigen.

TTIP BESIEGELN

Einer aktuellen Studie der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* zufolge würde das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zu mehr Wohlstand führen, als bisher angenommen. Vor allem die Konsumenten und der unternehmerische Mittelstand würden erhebliche Vorteile von TTIP haben. Alleine im Jahr 2013 mussten zwischen der

EU und den USA rund 3,5 Milliarden Euro an Zollgebühren gezahlt werden. Das Freihandelsabkommen würde Firmen deutliche Spielräume eröffnen: sobald die Zölle wegfallen, können sie verstärkt in Innovationen investieren, Preise senken und für mehr Wohlstand in der EU und den USA sorgen. Denn ohne Barrieren sind beide Volkswirtschaften besser dran und könnten neue Arbeitsplätze schaffen. In

ihrer Studie geht die *INSM* auch von einer Steigerung des EU-Bruttoinlandsproduktes über 119 Milliarden Euro aus. Und im internationalen Wirtschaftskontext könnten sich die EU und die USA gegenüber aufstrebenden Wirtschaftsnationen und -regionen kompetitiver positionieren. Aus diesen Gründen ist TTIP nicht nur wichtig für die EU. Es ist eine große Chance für die deutsche Wirtschaft.



Dieter Schütz / pixelio.de

TERMINAUSWAHL

09+11.03.2015

Treffen mit den beiden US-Patenkindern des Parlamentarischen Partnerschaftsprogramms;

Buchholz und Marxen

14.03.2015

CDU-Kreisparteitag 2015,

Rosengarten

17.03.2015

Parlamentarischer Abend der Bundesvereinigung

Lebenshilfe;

Berlin

18.03.2015

Rechtspolitischer Dialog;

Berlin



Thorben Wengert / pixelio.de